

Ein Aufschwung für Wirtschaft, Staat und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Matthias Hogrefe (KV Leverkusen)

Status: Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu V17

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

kann weiterlaufen. Nicht jedes wünschenswerte Projekt kann wie geplant umgesetzt werden.

Wir sind uns dabei auch unserer weltweiten Verantwortung bewusst. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Deutschland (LkSG), das Unternehmen ab 1.000 Mitarbeiter*innen verpflichtet auf die soziale und ökologische Verträglichkeit ihrer Lieferketten zu achten, ist ein konkreter Schritt die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen weltweit zu verbessern. Es ist damit auch ein wirksames Instrument bei der Bekämpfung von Fluchtursachen. Durch die Risikoanalyse leistet es einen wesentlichen Beitrag dazu die Lieferketten deutscher Unternehmen resilienter zu machen. Unternehmen profitieren davon und die Wahrscheinlichkeit, dass unser Staat bei Störungen der Lieferkette, wie zuletzt durch die Blockade des Suez-Kanals, mit Überbrückungskrediten einspringen muss, wird reduziert.

Durch den Erfolg unserer grünen Verhandler*innen konnten wir nun auch eine europäische Lieferkettenrichtlinie erstreiten. Diese macht klare Vorgaben dazu, dass Absenkungen des in Mitgliedsstaaten bestehenden Schutzniveaus während der Umsetzungsphase nicht zulässig sind. Für die Einhaltung dieser Vorgabe und damit gegen eine Aussetzung des deutschen Lieferkettengesetzes setzen wir uns ein.

Deutsche Unternehmen haben seit 2021 ihre Lieferketten analysiert und angepasst. Es wäre absolut unverantwortlich die bereits unternommenen Anstrengungen der Unternehmen durch eine temporäre Aufhebung des LkSG obsolet zu machen und damit diejenigen Unternehmen zu bevorteilen, die sich langsamer angepasst haben.

Die bereits zur Prüfung der Einhaltung des LkSG geschaffenen Stellen beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wollen wir nutzen, um das Gesetz kontinuierlich zu verbessern.

Begründung

Uns ist es wichtig, die Bedeutung des Lieferkettengesetzes für die Wirtschaft zu betonen.

Auch die Rolle der Menschenrechte sollte dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Unterstützer*innen

Emelie Segler (KV Minden-Lübbecke); Antje Westhues (KV Bochum); Lukas Sokolowski (KV Düsseldorf); Cim Kartal (KV Bielefeld); Oliver Buschmann (KV Bochum); Franziska Drozdzyński (KV Düsseldorf); Anne Jebbari (KV Wuppertal); Sandra Reffold (KV Gütersloh)